

Monarchismus in der Weimarer Republik

Matthias Donath

Am 25. Mai 1925 feierte König Friedrich August III. von Sachsen (1867–1932)¹ seinen 60. Geburtstag. König war er eigentlich nicht mehr, aber von einem Teil seiner früheren Untertanen wurde er weiterhin als legitimer Monarch betrachtet. So auch von der Familie von Watzdorf, die in jenen Jahren von Hans von Watzdorf (1857–1931)² als Senior des Geschlechtsverbands vertreten wurde. Aus einem Zweig der Familie von Watzdorf stammend, der nicht über Grundbesitz verfügte, hatte er in der sächsischen Armee Karriere gemacht. Er kommandierte mehrere Armeeeinheiten und war von 1899 bis 1904 der Flügeladjutant der Könige Albert (1828–1902) und Georg von Sachsen (1832–1904). Bis zum Ende der Monarchie war der sächsische König immer von zwei Flügeladjutanten umgeben, meist ranghohe Offiziere, die die enge Verbindung zwischen Königshaus und Armee sicherstellen sollten und die den König sowohl bei den offiziellen Terminen als auch im Privatleben zu begleiten hatten. Das schuf eine starke Nähe zum Monarchen. So wundert es nicht, dass auch Hans von Watzdorf nach dem Ende der Monarchie weiterhin seine Treue zum König bekundete. Anlässlich des Geburtstags verlieh dankte Friedrich August III. dem früheren Generaladjutanten mit dem Privileg, dass seine Nachkommen dem ihm verliehenen Ehrensäbel tragen durften. Diese Geste, die den überschuldeten Ex-König praktischerweise nichts kostete, sollte dazu beitragen, die Bindung zwischen dem Königshaus und der Familie von Watzdorf zu stärken.

Monarchistische Milieus und Gruppierungen

Die Revolution 1918 hatte die Bindung einiger gesellschaftlicher Gruppen an die abgesetzten Königshäuser nicht aufgehoben – zumal die Revolution für viele unerwartet gekommen war und sich mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg verband. Allerdings konnten die Monarchisten niemals eine Mehrheit von ihrer Haltung überzeugen. Die monarchistische Bewegung

¹ Vgl. zu ihm Iris Kretschmann/André Thieme (Hrsg.): „Macht euern Dreck alleene!“. Der letzte sächsische König, seine Schlösser und die Revolution 1918. Dresden 2018 mit Beiträgen des Autors.

² Vgl. zu ihm Matthias Donath: Schwarz und Gold. Die Familie von Watzdorf in Sachsen und Schlesien. Meißen 2015, S. 38, 65, 79, 80, 89, 111, 120, 126, 134, 216, 217, 251, 263–266, 292, 315, 316, 322, 348, 358, 369.

war heterogen und politisch schwach.³ Friedrich Hiller von Gaertringen kam sogar zu dem Urteil, dass es in der Weimarer Republik nie „eine erwähnenswerte wirksame, eigenständige monarchistische Politik“ gegeben habe.⁴ Auf der anderen Seite darf die Idee einer Wiedererrichtung der Monarchie auch nicht unterschätzt werden, weil sie einen gesellschaftlichen und kulturellen Faktor der Weimarer Republik darstellte.

Monarchistische Grundeinstellungen waren vor allem im früheren Offizierskorps, bei der Reichswehr, bei Militärvereinigungen, beim Adel, bei den Beamten, die vor 1918 in eine Beamtenlaufbahn eingetreten waren, in der Pfarrerschaft, bei Hochschullehrern und Studenten sowie in Teilen des bürgerlichen Mittelstandes anzutreffen.⁵ Die Tradition des preußischen Heeres sowie der Armeen Sachsens, Württembergs und Bayerns war dabei von prägender Kraft, denn Soldaten und Offiziere hatten einen Eid auf die jeweiligen Monarchen als oberste Befehlshaber abgelegt, woran sich nicht wenige von ihnen auch nach 1918 gebunden fühlten. Auch spielte eine Rolle, dass die evangelischen Monarchen bis 1918 die Oberhäupter der jeweiligen evangelischen Landeskirchen gewesen waren. Viele Pfarrer fühlten sich der früheren Staatkirche und ihrer Bindung an den Monarchen verpflichtet.

Allerdings stand der Monarchismus vor einer großen Herausforderung: Das Deutsche Reich hatte ja nicht nur das Kaiserhaus der Hohenzollern gehabt, mit Wilhelm II. (1859–1941) als letztem Kaiser, sondern neben ihm weitere

³ Zum Monarchismus in der Weimarer Republik vgl. Hermann Schreyer: Monarchismus und monarchistische Restaurationsbestrebungen in der Weimarer Republik. In: Jahrbuch für Geschichte 29 (1984), S. 291-320; Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen: Monarchismus in der deutschen Republik. In: Michael Stürmer (Hrsg.): Die Weimarer Republik, Belagerte Civitas. 2., erweiterte Auflage Königstein/Taunus 1985, S. 254-271; Robert S. Garnett: Lion, Eagle, and Swastika. Bavarian Monarchism in Weimar Germany, 1918-1933. New York/London 1991; Joachim Selzam: Monarchistische Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1989. Diss. Erlangen-Nürnberg 1994 [mit Ausführungen zum Monarchismus vor 1945]; Arne Hofmann: „Wir sind das alte Deutschland, Das Deutschland, wie es war...“. Der „Bund der Aufrechten“ und der Monarchismus in der Weimarer Republik. Frankfurt am Main 1998; Stephan Malinowski: Vom König zum Führer. Deutscher Adel und Nationalsozialismus. 3. Auflage der Lizenzausgabe. Berlin 2010. Nur noch als zeitbedingte Sekundärquellen sind zu lesen: Ludwig Franz Gengler: Die deutschen Monarchisten 1919 bis 1925. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Rechten von der Novemberrevolution 1918 bis zur Uebernahme der Reichspräsidenschaft durch Generalfeldmarschall von Hindenburg 1925. Diss. Erlangen 1932; Walter H. Kaufmann: Monarchism in the Weimar Republic. New York 1953. Nicht zugänglich war: Jack Sweetman: The Unforgotten Crowns: The German Monarchist Movements, 1918-1945. Diss. Atlanta 1973.

⁴ Hiller von Gaertringen 1985, S. 268.

⁵ Vgl. Hiller von Gaertringen 1985, S. 254.

regierende Dynastien, so etwa das sächsische Königshaus, von dem eingangs die Rede war. Das Kaiserreich bestand aus 25 Bundesstaaten, von denen 22 als Monarchien organisiert waren. In drei Fällen regierte ein Monarch zwei benachbarte, jedoch nicht vereinigte Bundesstaaten⁶, so dass im Herbst 1918/19 regierende Häuser bestanden hatten. Hinzu kam, dass sich im früheren Königreich Hannover, das 1866 von Preußen annektiert worden war, eine starke monarchistische Bewegung erhalten hatte, die die Rückkehr des früheren Königshauses der Welfen anstrebte. Die Bestrebungen, das Kaiserreich wiederzuerrichten, konkurrierten somit mit über zwanzig lokal gebundenen „Einzelmonarchismen“, die unterschiedlich stark ausgeprägt waren.⁷

Auch bedingt durch diese monarchistische Zersplitterung, gab es in der Weimarer Republik nicht eine monarchistische Bewegung, sondern mehrere Parteien, Vereine und Verbände, die verschiedene Modelle des Monarchismus und/oder die Einsetzung unterschiedlicher Monarchien anstrebten. Zwischen diesen Gruppierungen gab es durchaus Überschneidungen; in vielen Fällen Mehrfachmitgliedschaften. Die mitgliederstärksten Gruppierungen sollen hier vorgestellt werden.

Deutschnationale Volkspartei (DNVP)

Die DNVP⁸ wurde am 24. November 1918 als Nachfolgerin nationalkonservativer und nationalliberaler Parteien des untergegangenen Kaiserreichs gegründet. Die Partei gehörte dem rechtskonservativen Spektrum an und vertrat in ihrem Programm eine Mischung aus Nationalkonservatismus, völkischen Nationalismus, Monarchismus und Antisemitismus. In der DNVP versammelte sich die bis 1918 tonangebende Elite des Kaiserreichs, darunter Großgrundbesitzer, Offiziere und Adlige. Aber auch Intellektuelle, Bauern, Arbeiter und Angestellte wählten die DNVP. Ihre Hochburgen befanden sich in den evangelischen Gebieten des Reichs, vor allem in den ostelbischen Agrargebieten

⁶ Heinrich XXVII. (1958-1928) war Fürst von Reuß jüngerer Linie und Regent des Fürstentums Reuß älterer Linie, Günther Victor von Schwarzburg-Rudolstadt (1852-1925) war Fürst der beiden Fürstentümer Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt; Friedrich Franz IV. von Schwerin war Großherzog von Mecklenburg-Strelitz und Verweser des Großherzogtums Mecklenburg-Strelitz.

⁷ Vgl. Malinowski 2010, S. 254 f.

⁸ Vgl. Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen: Die Deutschnationale Volkspartei. In: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien. 1933. Darstellungen und Dokumente. Düsseldorf 1984, S. 543-652; Selzam 1994, S. 9-11; Werner Bergmann: Deutschnationale Volkspartei. In: Wolfgang Benz (Hrsg.): Handbuch des Antisemitismus. Bd. 5. Organisationen, Institutionen, Bewegungen. Berlin 2012, S. 191-197.

(Mecklenburg, Brandenburg, Pommern, Ostpreußen). Ihr bestes Wahlergebnis erzielte sie bei den Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924, bei der 20,5 Prozent der Wähler für sie stimmten.

Die DNVP vertrat die Idee des Monarchismus, ohne allerdings zu konkretisieren, was damit gemeint war. Das Parteiprogramm vom Frühjahr 1920 beschränkte sich darauf, die Hohenzollern als Begründer des Reichs zu nennen und die Vorzüge einer Monarchie hervorzuheben; man forderte aber nicht die Wiedereinsetzung der Hohenzollern. Die meisten Mitglieder und Wähler verbanden mit diesem „Gefühlsmonarchismus“ eine Ablehnung der Republik. Viele Mitglieder sympathisierten mit dem Kapp-Putsch vom März 1920. Nach dem Scheitern des Umsturzes setzte sich die Meinung durch, eine Änderung der Verfassungsordnung nicht durch einen Staatsstreich, sondern auf legalem Wege zu erzielen. So beteiligte sich die DNVP seit der Mitte der 1920er Jahre an der Reichsregierung⁹ sowie an den Regierungen einiger Länder (Bayern, Bremen, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Sachsen, Württemberg). Damit war eine stärkere Integration in das politische System der Weimarer Republik verbunden. Nach der Wahlniederlage bei der Reichstagswahl 1928 rückte der neugewählte Parteivorsitzende Alfred Hugenberg (1865–1951) die Partei stärker nach rechts. Dabei verdrängte er gemäßigte Kräfte aus der Parteiführung. Die Zusammenarbeit mit Parteien, die sich zur Weimarer Reichsverfassung bekannten, wurde beendet. Allerdings zahlte sich der offen republikfeindliche Kurs nicht aus. Hugenbergs DNVP verlor massiv an Wählergunst und wurde im rechten Lager ab 1930 von der NSDAP überflügelt. Am 30. Januar 1930 trat die DNVP in die Regierung Hitlers ein, wurde aber von der NSDAP als Machtfaktor ausgeschaltet und schließlich am 27. Juni 1933 zur Auflösung gezwungen.¹⁰

Die DNVP vertrat zwar die Idee des Monarchismus, äußerte aber nie konkret, wie die Monarchie wiedereingeführt werden könnte und welcher Monarch oder welche Monarchen zurückkehren sollten. In der jüngeren Generation wurde die „Traditionsformel ohne realen Gehalt“¹¹ zunehmend in Frage gestellt. So trat der Reichstagsabgeordnete Walther Lambach (1885–1943), ein Funktionär des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, dafür ein, die Monarchie als Zukunftsziel aufzugeben und die

⁹ 4. Kabinett Marx 1927/28.

¹⁰ Der Parteiname lautete vom 5. Mai 1933 bis zur Auflösung Deutschnationale Front.

¹¹ Begriff nach Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 5. Stuttgart 1978.

DNVP für konservative Republikaner zu öffnen.¹² Nach der verlorenen Reichstagswahl 1928 hatte er sich in einem Artikel in der „Politischen Wochenschrift“ mit der Überschrift „Monarchismus“ dafür ausgesprochen, von eben diesem, aus seiner Sicht überholten Monarchismus Abstand zu nehmen.¹³ Für die jüngere Generation seien „Kaiser und Könige keine geheiligten und unantastbaren Größen mehr“. Er schlug vor, durch die Zusammenarbeit von Monarchisten und Republikanern in der DNVP eine Sammlungsbewegung aller „volkskonservativen Kräfte“ zu schaffen. Die Veröffentlichung löste den Lambach-Streit aus, der die DNVP erschütterte.¹⁴ Eine Mehrheit in der Parteiführung sprach sich weiterhin für das grundlegende Ziel einer Monarchie aus, während der antimonarchistische Flügel die Partei verließ. Lambach gründete die Volkskonservative Vereinigung, aus der 1930 die Konservative Volkspartei hervorging. Diese stellte sich auf den Boden der Weimarer Verfassung, erhielt aber bei den Reichstagswahlen 1930 nur minimale Zustimmung.

Deutsche Volkspartei (DVP)

Die DVP¹⁵ entstand am 15. Dezember 1918 durch Umgründung der im Kaiserreich verwurzelten Nationalliberalen Partei. Ihre Mitglieder kamen überwiegend aus der Nationalliberalen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei. Die DVP verstand sich als bürgerlich-demokratische Partei der politischen Mitte. Anders als die linksliberale Deutsche Demokratische Partei hielt sie jedoch an dem Ziel einer konstitutionellen Monarchie fest. Ihr Programm vom Oktober 1919 enthielt einen Satz über das wieder „aufzurichtende Kaisertum“ als „für unser Volk nach Geschichte und Wesensart“ geeignetste Staatsform. Allerdings verweigerte sich die DVP nicht einer Mitarbeit beim Aufbau der Republik. Der prägende Parteiführer Gustav Stresemann (1878–1929) war zwar Monarchist, aber er lehnte eine Rückkehr zur Monarchie durch einen Putsch oder einen Bürgerkrieg ab. Stresemann sprach sich dafür aus, die bestehenden Verhältnisse zu

¹² Vgl. Schreyer 1984, S. 316.

¹³ Walther Lambach: Monarchismus, in: Politische Wochenschrift vom 14. Juni 1928, S. 496-497.

¹⁴ Vgl. Schreyer 1984, S. 316-317; Hiller von Gaertringen 1985, S. 261-262; Daniela Gasteiger: Kuno von Westarp (1864-1945). Parlamentarismus, Monarchismus und Herrschaftsutopien im deutschen Konservatismus. Berlin/Boston 2018, S. 342-347, 375-378.

¹⁵ Vgl. Selzam 1994, S. 11-12; Eberhard Kolb/Ludwig Richter: Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918-1933. Düsseldorf 1999; Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933. Düsseldorf 2002.

akzeptieren. Auf dem Parteitag am 13. April 1919 äußerte er: „Der Weg zu innerer Ruhe kann nur gehen auf dem Boden republikanischer Staatsform. Deshalb arbeiten wir an ihr mit“.¹⁶ Unter dem Prinzip „Mitarbeit trotz Ablehnung der Republik“ beteiligte sich die DVP von 1920 bis 1931 an nahezu allen Reichsregierungen. Dabei wurde das 1919 formulierte Ziel einer konstitutionellen Monarchie kaum noch in der Öffentlichkeit thematisiert, weshalb die DVP kaum noch als Teil der monarchistischen Bewegung wahrgenommen. Ihr bestes Ergebnis erzielte die DVP bei den Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924 mit 10,1 Prozent der Wählerstimmen. Nach 1930 ging ihr Stimmenanteil rapide zurück; am 27. Juni 1933 löste sich die bedeutungslos gewordene Partei selbst auf.

Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten

Der im Dezember 1918 gegründete Stahlhelm¹⁷ war der zweitstärkste Wehrverband der Weimarer Republik. 1930 vereinte er über 500.000 Mitglieder – überwiegend ehemalige Kriegsteilnehmer, aber auch Heranwachsende, die sich zu den Zielen des Verbandes bekannten. Der Stahlhelm stellte sich als überparteilich dar, war aber eng mit der Deutschnationalen Volkspartei verbunden. Der Verband lehnte die Republik und das parlamentarische System ab und strebte an, das Volk wieder „wehrhaft“ zu machen. Dabei spielten auch monarchistische Vorstellungen eine Rolle, die jedoch nie genau konkretisiert wurden. Der Stahlhelm schickte nie Ergebnis- oder Treuebekanntnisse an Wilhelm II., noch hatte er die Restauration der Monarchie in sein Programm aufgenommen.¹⁸ Viele Mitglieder des Stahlhelms träumten von einer „völkischen Monarchie“, ohne aber genau zu erklären, wer in einer solchen Monarchie herrschen sollte. Nicht wenige Stahlhelmer waren für die Rückkehr der Hohenzollern, während der sächsische Landesverband des Stahlhelms sehr stark auf Friedrich August III., den früheren König von Sachsen, ausgerichtet war.¹⁹ Das war bereits an der Uniform zu erkennen, denn die

¹⁶ Zitiert nach Ursula Schelm-Spangenberg: Die Deutsche Volkspartei im Lande Braunschweig. Diss. Braunschweig 1964.

¹⁷ Vgl. Volker R. Berghahn: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935. Düsseldorf 1966; Bernhard Mahlke: Bund der Frontsoldaten (Stahlhelm) 1918-1935 (1934-1935 „Nationalsozialistischer deutsche Frontkämpferbund [Stahlhelm] [NSDFB]“). In: Dieter Fricke (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Bd. 4. Leipzig 1986, S. 145-148.

¹⁸ Selzam 1994, S. 14.

¹⁹ Vgl. Lars-Arne Dannenberg: Das sächsische Königshaus, der Adel und das Ende der Monarchie. In: Iris Kretschmann/André Thieme (Hrsg.): „Macht euern Dreck alleine!“ Der

Mitglieder des sächsischen Landesverbands trugen am linken Ärmel der „Bundeskleidung“ ein sächsisches Wappen mit Königskrone. Aber nicht alle Anhänger des Wehrverbands wollten zur 1918 untergegangenen Herrschaftsordnung zurück. So äußerte Hauptmann a. D. Werner bei einer Stahlhelm-Versammlung in Wurzen am 11. November 1923, „der alte monarchische Staat sei zusammengebrochen aus inneren Gründen“.²⁰ Unter „Monarchie“ verstanden er und andere Stahlhelm-Führer offensichtlich keine Rückkehr Wilhelms II. oder Friedrich Augusts III., sondern ein neues Kaisertum in einem „Dritten Reich“.

Der Stahlhelm konnte nach der Machtübernahme der NSDAP zunächst noch bestehen bleiben, wurde aber gleichgeschaltet und 1934 größtenteils in die SA eingegliedert. Am 7. November 1935 löste Adolf Hitler die verbliebene Restorganisation auf.²¹

Bund Königin Luise

Der Luisenbund²² wurde 1923 von Else Reichenau gegründet. Benannt nach Königin Luise von Preußen (1776–1810), strebte die monarchistische Frauenorganisation „die Erziehung des weiblichen Geschlechts zur Mithilfe an den Vorbereitungen des großen Befreiungswerks Deutschlands von seinen Feinden, im Geiste unserer Vorfahren von 1813 und der unvergeßlichen Königin Luise“²³ an. Der Bund Königin Luise gab sich unpolitisch, stand aber der DNVP nahe. Er bildete die Schwesterorganisation des Frontkämpferbunds Stahlhelms. Die Mitglieder erhofften die Wiedereinführung der Monarchie unter der Dynastie der Hohenzollern. Das war schon daran zu erkennen, dass Kronprinzessin Cecilie von Preußen (1886–1954) die Schirmherrschaft übernahm und auf Veranstaltungen, etwa den „Luisenfeiern“ und Tagungen des Luisenbundes, auftrat. Das Haus Hohenzollern unterstützte den reichsweit organisierten

letzte sächsische König, seine Schlösser und die Revolution 1918. Dresden 2018, S. 146-161, hier v.a. S. 155-157.

²⁰ HStA Dresden, 10736 Ministerium des Innern, Nr. 11134.

²¹ Zuletzt unter dem Namen „Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund (Stahlhelm)“

²² Vgl. Eva Schöck-Quinteros: Der Königin Luise Bund. „Unser Kampfplatz ist die Familie!“. In: Eva Schöck-Quinteros/Christiane Streubel (Hrsg.): „Ihrem Volk verantwortlich!“ Frauen der politischen Rechten 1890-1937. Aufbau – Agitation – Ideologie. Berlin 2007, S. 231-270.

²³ Zitiert aus der Ortsgruppen-Satzung des Königin Luise-Bundes nach Eva Schöck-Quinteros: Der Königin Luise Bund. „Unser Kampfplatz ist die Familie!“. In: Eva Schöck-Quinteros/Christiane Streubel (Hrsg.): „Ihrem Volk verantwortlich!“ Frauen der politischen Rechten 1890-1937. Aufbau – Agitation – Ideologie. Berlin 2007, S. 330.

Frauenverband. Mit rund 200.000 Mitgliedern im Jahr 1933 war der Bund Königin Luise einer der größten Frauenvereine in der Weimarer Republik. Im Februar 1934 löste er sich zusammen mit anderen monarchistischen Verbänden selbst auf.

Bund der Aufrechten

Im November 1918 gründete der Schriftsteller Ernst Pfeiffer (1876–1942) unter dem Eindruck der Abdankung Wilhelms II. die Zeitschrift „Der Aufrechte“. Diese vertrat einen sehr eindeutigen Monarchismus, nämlich die Rückkehr der Hohenzollern auf den Thron. Schon in der ersten Ausgabe wurden die hohenzollerntreuen Monarchisten zur Sammlung aufgerufen. 1919 gründete Ernst Pfeiffer zusammen mit Gleichgesinnten den „Bund der Aufrechten“.²⁴ Man verstand dieses Bündnis als überparteiliche Organisation, die ohne parlamentarische Rücksichten für die Idee des Monarchismus werben sollte. In den 1920er Jahren wuchs die Mitgliederzahl. Ortsgruppen entstanden vor allen in den größeren Städten Preußens. Im Sommer 1922 hatte der „Bund der Aufrechten“ über 20.000 Mitglieder in 60 Ortsgruppen, dann wurde er jedoch in Preußen, Sachsen, Thüringen, Hamburg und Bremen auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik verboten. Die Zeitschrift „Der Aufrechte“ und Tarnveranstaltungen sorgten allerdings dafür, dass der Kern dieser Bewegung zusammen blieb. Im Juli 1932 wurde das Verbot aufgehoben. Am 9. November 1932 schloss sich der „Bund der Aufrechten“ mit kleineren monarchistischen Vereinen, darunter dem Preußenbund und dem Nationalverband Deutscher Offiziere, zusammen. 1933 gingen diese Gruppierungen in der „Deutschen Kaiserbewegung“ auf. 1934 wurden die monarchistischen Gruppierungen zur Auflösung gezwungen. Allerdings konnte die Zeitschrift „Der Aufrechte“ weiter erscheinen.

Dem „Bund der Aufrechten“ gehörten Offiziere, Pfarrer, Professoren, Beamte, Bauern, Studenten, Mittelständler und einige wenige deutschnationale Arbeiter an. Die prominentesten Mitglieder waren die Kaisersöhne Oskar (1888–1958) und Eitel Friedrich (1883–1942) sowie der ehemalige preußische Kriegsminister Karl von Einem (1853–1934), der im Februar 1933 zum „1. Bundesführer“ gewählt wurde. Die Bewegung zielte auf eine Rückkehr der Hohenzollern, lehnte aber einen Systemsturz, etwa durch einen gewaltsamen Putsch, ab. Die Restauration sollte mit den Mitteln der Verfassung erreicht werden. Das wäre nur über eine

²⁴ Vgl. Schreyer 1984, S. 306-307; Selzam 1994, S. 12-13; Hofmann 1998.

Verfassungsänderung möglich gewesen, für die man Mehrheiten gebraucht hätte. Da eine solche verfassungsändernde Mehrheit nicht in Sicht war, musste man auf bessere Zeiten warten, etwa auf ein Scheitern des republikanischen Systems. Die Zeitschrift „Der Aufrechte“ verbreitete unter den Anhängern die Zuversicht, die Restauration der Hohenzollern-Monarchie eines Tages erreichen zu können.

Preußenbund

Der Preußenbund (Bund der Kaisertreuen)²⁵ war schon 1913 gegründet worden, wurde aber erst nach der Novemberrevolution 1918 zu einem politischen Verband, der für die Wiederherstellung der Monarchie warb. Dem „Bund der Aufrechten“ ähnelnd, war der Preußenbund für die Wiederherstellung eines Königreiches Preußen unter der Herrschaft der Hohenzollern. Dem Preußenbund gehörten zahlreiche Offiziere und Großgrundbesitzer an, darunter auch der DNVP-Vorsitzende Kuno von Westarp (1864–1945). Sein Ziel, „in breiten Volkskreisen“ Fuß zu fassen, erreichte er nicht. Im Februar 1934 wurde der Preußenbund aufgelöst.

Bayerische Heimat- und Königspartei sowie Bayerischer Heimat- und Königsbund

Die Monarchisten Bayerns sammelten sich im November 1919 in der Bayerischen Heimat- und Königspartei, kurz Königspartei.²⁶ Diese Partei strebte eine Rückkehr der Dynastie der Wittelsbacher und eine Eigenstaatlichkeit Bayerns an. 1921 spaltete sich die Partei in der Frage einer Abspaltung vom Reich. Als Konkurrenz wurde am 15. März 1921 der Bayerische Heimat- und Königsbund „In Treue fest“ gegründet.²⁷ Er verstand sich als überparteiliche Sammlungsbewegung mit dem Ziel der Wiederherstellung des Königreichs Bayerns in einem föderal organisierten Deutschen Reich. Große Teile der Königspartei traten zu der Sammlungsbewegung über. Der Bayerische Königs- und Heimatbund war schon bald fest in der Bevölkerung verwurzelt und mit guten Kontakten zur bayerischen Landespolitik ausgestattet.

²⁵ Vgl. Herbert Gottwald: Preußenbund (PB) 1913-1934. In: Dieter Fricke (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Verbände in Deutschland (1789-1945). Bd. 3. Köln 1985, S. 594-598; Schreyer 1984, S. 307; Selzam 1994, S. 13.

²⁶ Vgl. Schreyer 1984, S. 307; Garnett 1991, S. 97-188.

²⁷ Vgl. Schreyer 1984, S. 307-308; Garnett 1991, S. 119-170, 287-306; Malinowski 2010, S. 376-378.

Der bayerische Monarchismus richtete sich auf den Kronprinzen Rupprecht von Bayern (1869–1955), nachdem König Ludwig III. (1845–1921), der letzte König Bayerns, 1921 gestorben war. Er galt als Symbolfigur des bayerischen Heimatbewusstseins. Da er sich im Krieg als Kommandant einer Heeresgruppe bewährt hatte, konnte er sich nach 1918 glaubhaft zu als moderne Führungsgestalt inszenieren.

Der bayerische Monarchismus war tief in der Gesellschaft verankert. So umfasste der Bayerische Heimat- und Königsbund 1926 rund 165.000 Mitglieder in 1.330 Ortsvereinen. 1932 sollen es rund 160.000 Mitglieder in über 2.000 Ortsgruppen gewesen sein. Angesichts der drohenden Machtübernahme durch die Nationalsozialisten versuchte der Bayerische Heimat- und Königsbund, im Februar 1933 Verbündete für eine Wiedereinführung der Monarchie unter Kronprinz Rupprecht zu finden. Dieser Plan eines monarchistischen Staatsstreichs, der als Abwehr der nationalistischen Diktatur gedacht war, kam jedoch durch die „Machtergreifung“ der NSDAP in Bayern am 9. März 1933 nicht mehr zustande.²⁸ Die Königspartei, die zu einer Splitterpartei herabgesunken war, wurde 1933 aufgelöst, der Bayerische Heimat- und Königsbund am 2. Februar 1934 aufgelöst.

Problemfelder des Monarchismus

Dass die monarchistische Bewegung vergleichsweise schwach war und kaum Chancen hatte, politische Mehrheiten zu erzielen, lag an mehreren Faktoren, die nachfolgend näher betrachtet werden sollen.

Monarchismen statt Monarchismus

Im Unterschied zu allen anderen Staaten, in denen die monarchische durch eine republikanische Ordnung abgelöst worden war, hatte das Deutsche Reich aus 22 monarchischen Bundesstaaten bestanden. Nach dem legitimistischen Prinzip, das die Monarchisten vertraten, hätten alle diese „Einzelmonarchien“ wiederhergestellt werden müssen. Man war sich in Monarchistenkreisen durchaus dem Problem bewusst, dass das kaum umzusetzen war. Doch welche Monarchie oder welche Monarchien sollten dann wiederentstehen? Das nahe liegende Ziel, nur die Kaiserherrschaft der Hohenzollern wiedereinzuführen, entsprach keineswegs den Vorstellungen der Monarchisten in den nichtpreußischen Ländern. Ihnen war die eigene Dynastie näher als die Herrschaft der Hohenzollern, zumal die

²⁸ Vgl. Garnett 1991, S. 307-326; Malinowski 2010, S. 504.

Identitätsbildung, etwa in Bayern und Sachsen, stark mit antipreußischen Gefühlen verbunden war. Für Bayern hieß das, dass die Monarchisten in erster Linie die Wiedereinführung eines Königreichs Bayern unter Kronprinz Rupprecht erhofften, nicht aber für die Rückkehr der Hohenzollern eintraten. Sie konnten sich ein Königreich in Bayern auch in einem nichtmonarchischen Bundesstaat vorstellen.

Der bayerische Monarchismus war der stärkste in allen ehemaligen Bundesstaaten des Kaiserreichs. Nur in Bayern gab es mit dem Bayerischen Heimat- und Königsbund eine Massenbewegung, die auf das Königtum setzte. In den anderen Königreichen und in den kleineren Bundesstaaten haben sich keine vergleichbaren Gruppierungen bilden können. Um nach Sachsen zu blicken: Hier gab es kein vergleichbares Pendant. Der monarchische Gedanke wurde von kleineren Vereinen und Einzelpersonen getragen, etwa von den Militärvereinen, dem Landesverband Sachsen des Stahlhelms sowie von Angehörigen des sächsischen Adels. Aber auch hier lässt sich beobachten, dass die emotionale Zuneigung in erster Linie dem früheren König galt – nicht dem Kaiser, dem die Vereine oder auch einzelne Familien des sächsischen Adels meist nur ritualisiert zum Kaisergeburtstag gedachten. Ganz und gar antipreußisch eingestellt waren die Anhänger der Deutsch-Hannoverschen Partei in der preußischen Provinz Hannover. Der monarchische Gedanke war hier auf eine Wiederherstellung des Königreichs Hannover unter der Dynastie der Welfen gerichtet – und damit gegen die Hohenzollern.²⁹ Die Deutsch-Hannoversche Partei erreichte bei den Reichstagswahlen bis Mitte der 1920er Jahre in mehreren Wahlkreisen absolute Mehrheiten, doch dann gingen die Stimmenzahlen zurück. Die von den „Welfen“ geforderte Volksabstimmung für ein unabhängiges Hannover als Gliedstaat des Deutschen Reichs wurde nie durchgeführt. In diesem Milieu war jedenfalls keine Sympathie für eine Rückkehr der Hohenzollern zu finden. Ein Hindernis für die Rückkehr mehrere Einzelmonarchien war der Untergang der betreffenden Staaten: So hatten sich acht Kleinstaaten 1920 zum Freistaat Thüringen zusammengeschlossen, und 1927 war da frühere Fürstentum Waldeck-Pyrmont in den preußischen Staat integriert worden.

²⁹ Vgl. Hans Prilop: Die Vorabstimmung in Hannover 1924. Untersuchungen zur Vorgeschichte und Geschichte der Deutsch-hannoverschen Partei im preußisch-deutschen Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Diss. Hamburg 1954; Hans-Georg Aschoff: Die Deutschhannoversche Partei zwischen Revolution und Machtergreifung (1918-1933). In: Stader Jahrbuch 1988, S. 61-87.

Ein reichsweites Stimmungsbild über die Stärke bzw. Schwäche monarchistischer Bewegungen gibt die Volksabstimmung zur Fürstenenteignung.³⁰ Das dieser Abstimmung vorausgegangene Volksbegehren war von der KPD initiiert worden. Auch die SPD sowie Anhänger des Zentrums und der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei befürworteten die entschädigungslose Enteignung der vormals regierenden Dynastien. Bei der Volkabstimmung am 20. Juni 1926 musste, wer die Enteignung befürwortete, im Wahllokal erscheinen und mit Ja stimmen, weil die absolute Mehrheit erreicht werden musste. Ablehnung konnte man dadurch ausdrücken, indem man sich der Wahl verweigerte oder mit Nein stimmte. Die Karte mit den Ergebnissen des Volksunterschieds zeigt erhebliche regionale Unterschiede: In Berlin (62,4 Prozent), Hamburg (52,5 Prozent) und im Wahlkreis Leipzig (51,7 Prozent), also in Zentren der Arbeiterbewegung, hatten die Befürworter die absolute Mehrheit erreicht. Hingegen gab es Regionen, in denen nur eine Minderheit an der Abstimmung teilnahm und mit Ja stimmte. Das betraf die Wahlbezirke Niederbayern (12,5 Prozent), Oberbayern-Schwaben (20,6 Prozent) und Franken (26,6 Prozent) – und somit den größten Teil des früheren Königsreichs Bayern –, Koblenz-Trier (17,8 Prozent), Ostpreußen (20,2 Prozent), Pommern (23,5 Prozent), Frankfurt/Oder (28,7 Prozent) und Oppeln (24,4 Prozent), ferner Ost-Hannover (27,5 Prozent) und Weser-Ems (28,1 Prozent). In diesen Gebieten lehnten mehr als 70 Prozent, teilweise bis zu 90 Prozent, die Fürstenenteignung ab. Das waren sicher nicht nur Monarchisten, aber die Monarchisten hatten an diesem Wahlergebnis wohl einen erheblichen Anteil. Es fällt auf, dass die Gebiete mit niedriger Zustimmung zur Fürstenenteignung mit jenen Wahlkreisen übereinstimmen, in denen die DNVP und die Deutsch-Hannoversche Partei ihre Hochburgen hatten. Außerdem hatte sich im rechtsrheinischen Bayern eine große Mehrheit gegen die Fürstenenteignungen ausgesprochen. Die Karte kennzeichnet somit die stärksten monarchistischen Bewegungen: der bayerische Monarchismus in Bayern, der welfische Monarchismus in Hannover und der preußische Monarchismus vor allem in den agrarisch geprägten Ostprovinzen Preußens.

³⁰ Vgl. Ulrich Schüren: Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzungen mit den depossidierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen. Düsseldorf 1978; Reiner Stentzel: Zum Verhältnis von Recht und Politik in der Weimarer Republik. Der Streit um die sogenannte Fürstenenteignung. In: Der Staat 39 (2000), Heft 2, S. 275-297.

Die Monarchisten waren sich über die Ablehnung der Fürstenenteignung einig, nicht aber über das Ziel, das sie anstrebten. Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die Aufsplitterung des Monarchismus in verschiedene Monarchismen (und letztlich auch in verschiedene Parteien und Verbände) eine Massenwirksamkeit und ein einheitliches Vorgehen behinderte.

Delegitimierte Thronprätendenten

Die Wiedereinführung der Monarchie setzt voraus, dass sich die Befürworter auf einen Thronprätendenten einigen können. Doch das war ausgerechnet bei den Hohenzollern nicht der Fall. Sie hatten keinen unumstrittenen Prätendenten anzubieten.³¹ Wilhelm II. und Kronprinz hatten zwar rechtsgültig auf den Thron verzichtet, wollten diesen Entschluss aber nachträglich rückgängig machen.

Wilhelm II., der im Exil in Doorn lebte, betrachtete sich weiterhin als Kaiser und strebte die Rückkehr auf den Thron an. Er hatte am 28. November 1918, 19 Tage nach Ausrufung der Republik, in einer Abdankungsurkunde „auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone“ verzichtete. Schwerer aber als der Thronverzicht wog, dass der Kaiser am 9. November 1918 aus dem Hauptquartier in Spa in die Niederlande geflüchtet war. Die „Kaiserflucht“ stieß auf das Missfallen zahlreicher Anhänger einer monarchischen Staatsordnung.³² Sie betrachteten das, was später von hohenzollerntreuen Kreise als „Abreise“ beschrieben wurde, als Fahnenflucht. Ihrer Ansicht nach hätte der Kaiser die Verantwortung übernehmen müssen, indem er entweder an die Front gegangen und dort den „Heldentod“ erlitten oder mit kaisertreuen Truppen eine Niederschlagung der Revolution versucht hätte. Unter dem Eindruck der „Kaiserflucht“ wandten sich Teile der Frontgeneration enttäuscht von Wilhelm II. ab, darunter auch zahlreiche Angehörige des preußischen Adels. Der frühere Kaiser hatte von seinen fünf Söhnen das Versprechen abgefordert, sein Recht an der Krone anzuerkennen. Seine starre Haltung minderte die Chancen auf eine Wiedererrichtung der Monarchie erheblich.³³

³¹ Vgl. Schreyer 1984, S. 300-301, 292-293; Hiller von Gaertringen 1985, S. 256-258.

³² Vgl. Martin Kohlrausch: Die Flucht des Kaisers. Doppeltes Scheitern adlig-bürgerlicher Monarchiekonzepte. In: Heinz Reif (Hrsg.): Adel und Bürgertum in Deutschland. Bd. 2. Berlin 2001, S. 65-101; Malinowski 2010, S. 247-259.

³³ Vgl. Hiller von Gaertringen 1985, S. 257.

Kronprinz Wilhelm (1882–1951) betrachtete sich ebenfalls als kommenden Kaiser. Doch er war bei Kriegsende ebenfalls in die Niederlande geflüchtet und hatte ebenfalls einen Thronverzicht erklärt. Gegen den Kronprinzen sprach seine mangelnde Beliebtheit. Er galt nicht als Führungsfigur und erst recht nicht als moralisches Vorbild, da ihm zahlreiche Frauengeschichten nachgesagt wurden. So verbreitete sich das Gerücht, er habe sich, als das Vaterland in höchster Not war, mit „französischen Kokotten“ vergnügt.³⁴ Die zahlreichen Liebschaften des Kronprinzen zerrütteten die Ehe mit Kronprinzessin Cecilie. Unter diesen Umständen zogen die Monarchisten auch eine Thronkandidatur des ältesten Sohnes des Kronprinzen, Wilhelm (1906–1940), in Erwägung. Wilhelm schien alle Voraussetzungen einer legitimen Thronfolge zu erfüllen, doch er heiratete am 3. Juni 1933 Dorothea von Salviati (1907–1972), die nicht dem Hochadel entstammte, sondern einer erst 1830 geadelten Familie italienischer Herkunft. Die Ehe wurde nach dem Hausgesetz der Hohenzollern als nicht ebenbürtig eingestuft. Deshalb kam eine Thronfolge nicht mehr infrage, auf die Wilhelm auch verzichtete, was die legitimistischen Hohenzollern-Monarchisten schockierte.

Bis zum Untergang des Deutschen Reichs war die Thronprätendentenfrage ungelöst. Wilhelm II. und Kronprinz Wilhelm überzeugten jeweils nur einen Teil der Anhänger des preußischen Monarchismus. Die wichtigsten „Köpfe“ der monarchischen Staatsidee waren in den Augen einflussreicher Monarchisten delegitimiert – was eine Rückkehr zur Monarchie fast aussichtslos machte.

Anders sah es in den anderen früheren Königreichen aus. Kronprinz Rupprecht von Bayern war die unbestrittene Symbolfigur der bayerischen Monarchisten. Friedrich August III. von Sachsen war nicht vom Kriegsschauplatz geflohen, sondern lediglich aus dem Dresdner Residenzschloss, weshalb der Vorwurf einer „Königsflucht“ keine Rolle spielte. Er hatte zwar abgedankt, doch sahen die sächsischen Monarchisten in ihm den Thronprätendenten – zumal Kronprinz Georg (1893–1943) durch seinen Entschluss, katholischer Priester zu werden, im September 1919 auf seine Rechte als Erstgeborener und damit auf die Thronfolge verzichtet hatte. Als Friedrich August III. 1932 starb, wurde der zweite Sohn, Prinz Friedrich Christian (1893–1968), das Oberhaupt des vormals regierenden Königshauses. Keine direkte Nachfolge gab es in Württemberg. Hier war 1921 der letzte König, Wilhelm II. (1848–1921), kinderlos gestorben. Er

³⁴ Zitiert nach Malinowski 2010, S. 244.

hatte Albrecht Herzog von Württemberg (1865–1939) aus einer katholischen Nebenlinie des Königshauses zum Nachfolger bestimmt. Albrecht, der nie einen Thronverzicht erklärt hatte, wurde 1921 Chef des Hauses Württemberg.

Legitimitätsfrage

Die monarchistischen Bewegungen waren sich weitgehend einig, keine Wiedereinführung der Monarchie durch gewaltsames Handeln herbeiführen zu wollen. Wenn man jedoch an ein demokratisches Verfahren dachte, etwa eine Verfassungsänderung durch eine monarchistische Mehrheit im Reichstag, hätte das eine demokratische Legitimation des inthronisierten Kaisers oder Königs bedeutet. Das war für die Angehörigen der vormals regierenden Häuser unvorstellbar. Sie leiteten ihre Berufung zum Herrscher von Gottes Gnade ab. Das monarchische Prinzip beruhte darauf, dass der Träger der Krone „ein durch die Gnade Gottes Erwählter und Berufener sei“, den Gott mit einer „Gabe der Erleuchtung“ ausgestattet habe, die ihn vor allen anderen Sterblichen auszeichne.³⁵ Ein Monarch trage seine Krone aus eigenem Recht und nicht durch einen „Volkswillen“.³⁶ Diese Einstellung bedeutete, dass es praktisch unmöglich war, eine Restitution der Kronen durchzuführen, ohne die Legitimität der Monarchen selbst zu beschädigen.

Dies zeigte sich 1932, als die DNVP darüber nachdachte, bei der Reichspräsidentenwahl den Kronprinzen Wilhelm als Kandidaten aufzustellen – vorausgesetzt, dass der Amtsinhaber Paul von Hindenburg (1847–1934) und Adolf Hitler auf eine Kandidatur verzichteten. Hitler stimmte einer Kanzlerschaft unter einem Präsidenten Wilhelm zu, doch scheiterte der Plan am Einspruch des früheren Kaisers.³⁷ Dieser erklärte, es sei unmöglich, dass ein Hohenzoller den Eid auf die Republik ablege. Wenn er das tue, werde er aus dem Haus ausgeschlossen. Wilhelm II. schrieb seinem Sohn: „Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, daß die Hohenzollern über den republikanischen, roten Ebertschen Präsidentenstuhl wieder zur Macht gelangen.“³⁸

³⁵ Nach Frank-Lothar Kroll: Friedrich Wilhelm IV. und das Staatsdenken der deutschen Romantik. Berlin 1990, S. 86.

³⁶ Vgl. Hofmann 1998, S. 73-74.

³⁷ Vgl. Selzam 1994, S. 16.

³⁸ Zitiert nach Günter Grützner/Manfred Ohlsen: Schloss Cecilienhof und das Kronprinzenpaar. Berlin 1991, S. 46.

Auflösung des Monarchismus durch die „Führeridee“ und durch „Vernunftrepublikaner“

Stephan Malinowski schilderte in seinem Buch „Vom König zum Führer“ eindrucksvoll, wie sich große Teile des Adels in der Weimarer Republik dem Nationalsozialismus annäherten. „Als Ideal wurde der König durch den ‚Führer‘, die Monarchie durch diffuse Ideen vom ‚Dritten Reich‘ ersetzt.“³⁹ Bei dieser Umdeutung des monarchischen Gedanken spielte die Delegitimation des Kaisers eine große Rolle. So äußerte der vom Hohenzollernhaus enttäuschte Friedrich Graf von der Schulenburg, der frühere Stabschef der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, 1928: „Nur ein Titane kann die Dinge noch meistern, ein Titane, den wir weder Rechts noch Links besitzen.“⁴⁰

Auch Monarchisten außerhalb der Adelskreise waren von der „Führer-Sehnsucht“ fasziniert. So war in der Zeitschrift „Der Aufrechte“ 1930 zu lesen: „Der Führergedanke, logisch durchdacht und historisch durchlebt, wird im Königs- und Kaisergedanken seine Krönung finden. Dann endlich haben ‚Volk‘ und ‚Führer‘ beide ihren rechten Sinn wiedergefunden, dann haben Volk und Führer einander wiedergefunden, dann werden Traum und Gedanke einer traurigen Zeit wieder zu einer königlichen Wahrheit!“⁴¹ Diese verwegene These verdeckte, dass der Führergedanke keinesfalls mit dem Monarchismus kompatibel war. Die Legitimation eines „Führers“ beruhte auf einer „Berufung“, die sich auf besondere Eigenschaften gründete – und eben nicht auf dem Prinzip des Gottesgnadentums und Abstammung, wie das bei den traditionellen Monarchien der Fall war. Zudem war klar, dass weder Wilhelm II. noch Kronprinz Wilhelm die Eigenschaften aufwiesen, die sich die „Führergläubigen“ von einem „Führer“ wünschten. Auch der Gedanke, das Reich durch einen „Volkskaiser“ führen zu lassen, verriet die legitimistische Begründung der Monarchie. Denn ein „Volkskaiser“ herrschte ja nicht aus sich heraus, sondern durch Zustimmung des Volkes.

Durch die Verbreitung der „Führeridee“ innerhalb der monarchistischen Bewegungen verlor der Monarchismus seine innere Begründung. Ohne dass die Befürworter eines monarchischen „Führers“ es bemerkten, gaben sie ihren Identitätskern auf. So wandten sie sich anderen, radikaleren

³⁹ Malinowski 2010, S. 246.

⁴⁰ Zitiert nach Malinowski 2010, S. 244.

⁴¹ Der Aufrechte 12 (1930), S. 2, zitiert nach Hofmann 1998, S. 89.

Bewegungen zu, die keineswegs einen König oder Kaiser wollten, sondern eine nationalsozialistische Führerdiktatur.

Auf der anderen Seite gab es aber auch Monarchisten, die sich nicht radikalisierten und von einem „Führer“ träumten, sondern sich mit den bestehenden politischen Verhältnissen abfanden. Wie das Beispiel Gustav Stresemanns und der Deutschen Volkspartei zeigt, entschieden sich zahlreiche Monarchisten dafür, im neuen Staat mitzuarbeiten, was letztlich die Anerkennung der Republik und ihrer Verfassung einschloss. Sie wurden „Vernunftrepublikaner“, die der Republik dienten und sogar verteidigten. Nur in ihrer emotionalen Identifikation blieben sie „Herzensmonarchisten“⁴², was sie den Augen der restaurativen Monarchisten zu Verrätern stempelte.

Ausgerechnet ein bekennender Monarchist sorgte dafür, dass die Weimarer Republik für konservative Bevölkerungskreise akzeptabel wurde: 1925 wurde Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg zum zweiten Reichspräsidenten gewählt. Doch Hindenburg erfüllte die Erwartungen der Monarchisten auf eine Restauration der Hohenzollernherrschaft nicht: Er hielt sich an den Eid auf die Verfassung, den er geleistet hatte, und verweigerte sich allen Restaurationsversuchen. Durch seine hohe moralische Integrität sorgte er dafür, dass viele, die Hindenburg bewundert hatten, nun auch die Scheu vor der Republik verloren. Der Reichspräsident versöhnte Mitglieder des monarchistischen Lagers mit der bürgerlichen Republik und trug dazu bei, dass die Zahl der „Vernunftrepublikaner“ anwuchs.⁴³ Die Anziehungskraft des monarchischen Gedankens nahm nach 1925 merklich ab.

Sowohl durch diese Hinwendung zur Weimarer Republik als auch durch die Verbreitung der Idee eines „Führerstaats“ verlor der traditionelle Monarchismus, der eine Rückkehr zur „heilen Welt“ vor dem Ersten Weltkrieg im Blick hatte, merklich am Boden.

Nationalsozialismus als Antimonarchismus

Adolf Hitler war kein Monarchist. Der von ihm geplante völkische Staat war nicht mit einer traditionellen Monarchie in Einklang zu bringen.⁴⁴ Doch in „Mein Kampf“ hatte er die Frage nach einer zukünftigen Staatsform aus strategischen Gründen offengelassen.⁴⁵ Damit war die Absicht verbunden,

⁴² Vgl. Hofmann 1998, S. 29.

⁴³ Vgl. Schreyer 1984, S. 315-216; Hofmann 1998, S. 77-78; Selzam 1994, S. 8.

⁴⁴ Vgl. Selzam 1994, S. 17-22.

⁴⁵ Vgl. Malinowski 2010, S. 505.

Konservative aus dem monarchistischen Lager für seine Bewegung zu gewinnen. In diese Strategie sind auch die Kontakte Hitlers mit Mitgliedern des Hauses Hohenzollern einzuordnen. So besuchte Hermann Göring (1893–1946) im Januar 1931 und Mai 1932 den früheren Kaiser in Doorn in den Niederlanden. Kronprinz Wilhelm sprach sich 1932 für eine Wahl Hitlers zum Reichspräsidenten aus, nachdem seine eigene Kandidatur am Einspruch des Vaters gescheitert war. Diese „Lockangebote“ sorgten für die Fehldeutung zahlreicher Monarchisten, der Nationalsozialismus sei eine monarchistische Bewegung. Noch im April 1933 glaubte Friedrich Graf von der Schulenburg: „Dass Hitler als Schlussstein die Monarchie will, ist ohne jeden Zweifel.“⁴⁶ In Wirklichkeit täuschten sich die „führergläubigen“ Monarchisten grundlegend: Sie meinten, die NS-Bewegung benutzen zu können, um durch sie eine Restauration der Monarchie zu erreichen. Tatsächlich hatte Hitler nie eine solche Absicht gehabt. Er missbrauchte vielmehr die in ihn gesetzten Hoffnungen zu Errichtung einer „Führerdiktatur“, die keinen Kaiser oder König brauchte.

Schon wenige Monate nach der „Machtergreifung“ entledigte sich Hitler der Gruppierungen, die mit dazu beigetragen hatten, ihn an die Macht zu bringen. Am 27. Januar 1934 versammelten sich Anhänger der Hohenzollern zu einer Festveranstaltung im Berliner Zoo, um den 75. Geburtstag Wilhelms II. zu feiern. Nach der Geburtstagsrede drangen marodierende SA-Schlägertrupps in den Saal ein und prügelten auf die Teilnehmer ein. Einige Tage zuvor hatten braun uniformierte Parteimitglieder einen Ball der Deutschen Adelsgenossenschaft in Berlin überfallen. Hitler nutzte die Ereignisse, um alle monarchistischen Verbände verbieten zu lassen.⁴⁷ Die nationalsozialistische Herrschaft war abgesichert, so dass eine weitere Rücksichtnahme nicht mehr erforderlich schien.

Anhänger einer monarchischen Staatsform gab es aber noch in der Vizekanzlei der „Regierung der nationalen Konzentration“ Hitlers. Franz von Papen (1879–1969) hatte dort Vertraute um sich gesammelt, die eher konservative Meinungen vertraten und dem Nationalsozialismus fern standen. Sein Vorhaben, Hitler zusammen mit konservativen Gefolgsleuten „einzurahmen“, war jedoch gescheitert. Um die nationalsozialistische Durchdringung der Gesellschaft aufzuhalten, organisierte eine Gruppe in der Vizekanzlei ein oppositionelles Netzwerk in Militär, Verwaltung und

⁴⁶ Zitiert nach Malinowski 2010, S. 506.

⁴⁷ Vgl. Malinowski 2010, S. 511-512.

Wirtschaft.⁴⁸ Diese Gruppe um Edgar Jung (1894–1934) und Herbert von Bose (1893–1934) hoffte, den 86-jährigen Reichspräsidenten Hindenburg dafür zu gewinnen, die Wiedereinführung der Monarchie zu empfehlen.⁴⁹ Dadurch sollte verhindert werden, dass Hitler auch das Amt des Reichspräsidenten zufalle. Papen besprach am 8. März 1934 mit dem Reichskanzler die Nachfolge des Reichspräsidenten. Hitler gab vor, die Restauration der monarchischen Staatsform zu erwägen, äußerte aber auch Vorbehalte. Ein Thronanwärter sei unter den Söhnen des Kronprinzen zu suchen; die Restauration der Länderdynastien lehnte er grundsätzlich ab. Hitlers wohlwollendes Interesse war allerdings nur vorgetäuscht. Er hatte nie vor, eine konstitutionelle Monarchie einzuführen, sondern wollte nur Papen beruhigen und Zeit gewinnen. Papen sprach auch bei Hindenburg vor, der sich einverstanden erklärte, in seinem Testament die Wiedereinführung einer konstitutionellen Monarchie zu empfehlen. Noch bevor der Reichspräsident gestorben war, schaltete Hitler die konservativen und monarchistischen Oppositionellen im Zusammenhang mit dem sogenannten „Röhm-Putsch“ aus: Am 30. Juni 1934 stürmten SS-Einheiten die Vizekanzlei und erschossen Herbert von Bose, später töteten sie auch den einige Tage zuvor verhafteten Edgar Jung. Papen schied aus der Regierung aus und wurde als Botschafter nach Österreich versetzt. Der greise Reichspräsident starb am 2. August 1934. Hitler ließ das politische Testament Hindenburgs vom 11. Mai 1934 verschwinden; die Empfehlung des Reichspräsidenten für eine konstitutionelle Monarchie gelangte nie an die Öffentlichkeit. Stattdessen hatte die Reichsregierung bereits am 1. August 1934, noch zu Lebzeiten Hindenburgs, die Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers beschlossen. Die Monarchiefrage wurde innerhalb des nationalsozialistischen Herrschaftssystems nie wieder thematisiert.

Nachwirkungen des Monarchismus

Es waren nur rund 15 Jahre, in denen sich eine monarchistische Bewegung der Weimarer Republik entfalten konnte. Genauer gesagt muss man von monarchistischen Bewegungen sprechen, denn es handelte sich um unterschiedliche Gruppierungen mit unterschiedlichen, teils gegensätzlichen

⁴⁸ Vgl. Joachim Petzold: Franz von Papen. Ein deutsches Verhängnis. München/Berlin 1995; Rainer Orth: „Der Amtssitz der Opposition“? Politik und Staatsumbaupläne im Büro des Stellvertreters des Reichskanzlers in den Jahren 1933-1934. Köln/Weimar/Wien 2016.

⁴⁹ Vgl. Horst Mühleisen: Das Testament Hindenburgs vom 11. Mai 1934. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 44 (1996), Heft 3, S. 355-371.

Zielstellungen. Den „Kern“ der monarchistischen Bewegung bildeten Parteien, Vereine und Verbände, die nach der Novemberrevolution entstanden waren und die sich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten auflösten oder verboten wurden.

Die Zersplitterung dieser Gruppierungen wie auch der grundsätzliche Gegensatz zwischen dem Hohenzollern-Monarchismus und den „Einzelmonarchismen“ in den früheren Bundesstaaten führten zu einer strukturellen Schwächung des Monarchismus. Dabei lassen sich erhebliche regionale Unterschiede wahrnehmen. Bayern war das Land mit der dynamischsten und stärksten monarchistischen Bewegung; nirgendwo war die Königsidee stärker verwurzelt als im konservativen Milieu der katholischen Landesteile Bayerns. In den früheren Königreichen Sachsen und Württemberg wie auch in den übrigen Bundesstaaten gab es keine vergleichbar starken Bewegungen. Die monarchistische Bewegung, die die Hohenzollern unterstützte, litt darunter, keinen Thronprätendenten anbieten zu können, der in allen monarchistischen Kreisen akzeptiert war. Dies war ein Faktor, warum sich zahlreiche Monarchisten in einen diffusen „Führerglauben“ flüchteten und abwarteten. Zudem gab es keine realistische politische Perspektive für eine Wiedereinführung der Monarchie. Der parlamentarische Weg schied aus, weil er von den Angehörigen der ehemals regierenden Häuser selbst abgelehnt wurde und die Frage der Legitimität aufwarf. Man wartete ab. Friedrich Hiller von Gaertringen führte für diese Haltung des Abwartens, die ihre Hoffnungen aus den Schwächen der Republik herleitete, als „monarchischen Attentismus“.⁵⁰ Die einzigen politischen Versuche einer Wiederrichtung der Monarchie wurden 1933/34 unternommen, als die Nationalsozialisten die Macht übernahmen. Hitler schaltete die oppositionellen monarchistischen Kräfte aus, während der größere Teil des monarchistischen Lagers zum Nationalsozialismus übergegangen war.

Der Einschnitt der nationalsozialistischen Diktatur erlaubte es nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht, die monarchistischen Parteien und Verbände, die in der Weimarer Republik bestanden hatten, wiederaufleben zu lassen. In der Bundesrepublik Deutschland vollzog sich in den 1950er Jahren eine Neuformierung monarchistischer Strömungen.⁵¹ So bildeten sich regionale monarchistische Gruppierungen, die sich für die Wittelsbacher, die Welfen und die Hohenzollern aussprachen. Doch

⁵⁰ Vgl. Hiller von Gaertringen 1985, S. 263-264.

⁵¹ Vgl. Selzam 1994.

erreichten diese Gruppierungen nur geringe Teile der Bevölkerung; ab dem Ende der 1950er Jahre verschwanden sie oder sie sanken zu Splittergruppen ab. Einen wichtigen Anteil an dem „Verschwinden des Monarchismus“ hatte das Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik Deutschland, das durch den wachsenden Wohlstand breite Kreise der Bevölkerung mit der parlamentarischen Demokratie und der republikanischen Staatsform versöhnte. Weiterhin kam dazu, dass nun schon mindestens zwei Generationen herangewachsen waren, die nicht im Kaiserreich sozialisiert worden waren und die monarchische Staatsform gar nicht mehr kannten. So blieb der Monarchismus auf die wenige ältere „Königstreue“ beschränkt, die noch eine direkte emotionale Bindung zu den früheren Monarchen verspürten. In Sachsen, Teil der sowjetisch besetzten Zone bzw. der DDR, war es nach 1945 nicht mehr möglich, von einer Rückkehr des Königs zu sprechen. Doch in Westdeutschland hielten die vertriebenen sächsischen Adligen, zumindest die ältere Generation, an ihrer Treue zum früheren Königshaus fest. Auch die Familie von Watzdorf gehörte dazu. Hans von Watzdorf war zwar 1931 gestorben, ohne einen männlichen Nachkommen zu hinterlassen, dem er seinen Ehrensäbel hätte vererben können. Aber er hatte zwei Töchter, die sich weiterhin dem früheren Königshaus verpflichtet fühlten. Eine der beiden, die Kunsthistorikerin Erna von Watzdorf (1892–1976)⁵², lieferte mit der Erforschung der Kunstschatze des Grünen Gewölbe in Dresden einen bleibenden Beitrag zur sächsischen Kulturgeschichte. Obwohl ohne Anstellung, blieb sie nach dem Krieg in ihrer Heimatstadt Dresden. Erst 1963 reiste sie in den Westen aus. Friedrich Christian Markgraf von Meißen, Chef des Hauses Wettin albertinischer Linie und Thronprätendent der sächsischen Monarchisten, verlieh ihr 1966 die St. Heinrichs-Nadel mit Krone, eine Auszeichnung des vormaligen Königshauses für der Familie gewogene Befürworter des monarchischen Gedankens. Heute trägt ein Saal im Neuen Grünen Gewölbe des Dresdner Residenzschlosses den Namen „Erna-von-Watzdorf-Saal“.

⁵² Zu ihr: Donath 2015, S. 347-351.